

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M., erst für den ersten Monat. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. - Eingetragen in die Reichs-Anzeigen-Verzeichnisse. Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' und der Unterhaltungsbeilage 'Heimwelt' erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Korrespondenzliste kostet 2.- M. Teuerungszuschlag 0%. Kleine Anzeigen das fertige Wort 1.- M. (zweispaltig zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 60 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 65 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Kommuniten Preis 2.- M. politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.- M. die Seite ohne Aufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Selbstredend 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97

Mittwoch, den 9. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

## Günstige Aussichten in Oberschlesien.

Gleiwitz, 8. Februar. (M.) Wie die Gleiwitzer „Volkstimme“ von zuverlässiger Seite hört, wird die Zahl der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien und aus dem Reich, die bisher in die Listen eingetragen sind, auf 1 150 000 angegeben. Die Summe ist festgestellt auf Grund genauer Zählungen. Es ist anzunehmen, daß die Zahl auf 1 200 000 bis 1 250 000 Abstimmungsberechtigter anwachsen wird. Von den bis jetzt eingetragenen Personen stehen rund 900 000 in der Liste A, rund 200 000 in der Liste B und rund 60 000 in der Liste C. Die Wähler der Listen B und C können in ihrer überwiegenden Mehrheit als Wähler für Deutschland angesprochen werden. Da nach vorläufigen Einschätzungen von gründlichen Kennern des Landes auch von den 900 000 Stimmen der Liste A mindestens die Hälfte für Deutschland stimmen wird, so hat man einige Anhaltspunkte für die Einschätzung des voraussichtlichen Wahlergebnisses. In der Stadt Gleiwitz beträgt die Zahl der Abstimmungsberechtigten etwa 40 000, wovon der überwiegende Teil deutsch stimmen wird.

berechtigten etwa 40 000, wovon der überwiegende Teil deutsch stimmen wird.

Die Liste A enthält bekanntlich die Abstimmungsberechtigten, die in Oberschlesien geboren sind und dort wohnen; die Liste B enthält diejenigen, die in Oberschlesien geboren sind, jedoch außerhalb Oberschlesiens wohnen; die Liste C, die außerhalb Oberschlesiens Geborenen, dort aber seit dem 1. Februar 1904 Wohnenden. Ferner gibt es noch eine Liste D für die unter dem alten Regime aus Oberschlesien Ausgewiesenen, die aber zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallen dürften.

Diese erfreulich günstigen Angaben des oberschlesischen Blattes entbinden jedoch selbstverständlich keinen einzigen heimatreuen Oberschlesier von seiner heiligen Pflicht, nach Oberschlesien zu fahren und seine Stimme für Deutschland abzugeben. Nach wie vor lautet die Parole: Auf jede Stimme kommt es an!

## Hakenkreuz auf rotem Grund.

Aus München wird uns geschrieben:

Das Pariser Diktat hat in München unhaltbare Zustände herbeigeführt. Rechts- und Linksbolschewisten haben sich zur Einheitsfront zusammengeschlossen, freilich in ganz anderer Art, als es die Ordnungshüter Rahr-Böhner-Escherich erwartet hätten. Die neue Koalition von Narren, Phantasten, Lockspiegeln und deutschnationalen Mutterstöhnen fängt an, nach dem Vorbilde der italienischen Fasci, die Regierung auf die Straße zu verlegen und sich durch Lieblingen in der Technik für zukünftige Pogrome zu vervollständigen. Letzten Donnerstag räumten sie das Kabarett „Bonbonnière“ aus und zwangen das Wohlwolligkeitsfest der Presse zu vorzeitigem Abschluß, und am Sonntag hielten sie auf dem Platz vor der Feldherrnhalle eine öffentliche Versammlung. Ihr diente der Protest gegen die Entente zum Vorwand, in Wahrheit handelte es sich um eine Heerschau der reaktionär-antifemischen Kohorte. Die mit Geldmitteln reichlich versorgte nationalsozialistische Arbeiterpartei erschien mit ihrer Parteifahne — Hakenkreuz auf rotem Grunde. Diese „Arbeiter“partei tritt immer dreister auf, wenn ihre zahlreichen, als Arbeiter verkleideten akademischen Jünglinge auch das Gefäch der wirklichen Arbeiter hervorrufen. Das geniert sie um so weniger, als sie unter dem Schutz des Herrn Böhner stehen, der ihre knallroten Plakate des aufreizendsten Inhaltes zielbewußt abstempelt.

In der Straßenversammlung reizte ein Oberst v. Inlander in einer Rede in der Manier des kommunistischen Ufa-Graf zum Widerstande gegen die Entente. Und ein Kriegswaldbesitzer forderte das Volk auf, in die Kirche zu gehen und zu beten. Dazu sang man „Die Nacht am Rhein“, „Großer Gott, dich loben wir“ und „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten“. Am Abend vorher verhielten die Hakenkreuzler die Aufführung von Schnitzlers „Reigen“ im Schauspielhaus. Sie warfen Stinkbomben und saule Eier auf die Zuschauer und die Bühne. Nachdem sie eine halbe Stunde lang gewütet hatten, erliefen endlich die Polizei, wie immer, wenn die Rowdys sich ausgelobt haben. Nach dem Rahr-Böhner-System werden jedoch nicht die Exzedenten, wie sonst in der Welt üblich ist, notiert, sondern die von ihnen Bedrohten und Geschädigten. Die Küppl gehören jetzt zu den bayerischen Staatsstößen. In neubauerischer Putzamer-Manier wurden dann sofort weitere Aufführungen des Schnitzlerschen Stückes verboten, da weitere Polizeiaufgebote zur Sicherung der Ordnung dem Schauspielhaus nicht zur Verfügung gestellt werden können. Diese Motivierung ist kennzeichnend für die rührische Falschingspolitik. Es befinden sich 4000 Mann wohldisziplinierter und gut ausgerüsteter Landespolizei in München, die ihre Befähigung für Straßenkämpfe und Häuserkämpfe erst vor kurzer Zeit dem Landtage vor Augen führte. Die Truppe ist zweifelsohne zur Unterdrückung jedes Auftrubs geeignet, jedoch scheint sie nur dazwischen verwendet zu werden, daß nach außen der bayerische Gefahrenzustand erhalten und die Weiterregimentierung der Einwohnerwehr als notwendig erwiesen bleibt. Denn das bildet das A und O der Rahr-Politik. Im ersten Schreden über die in Paris geschmiedeten Sklavenketten ließ die Regierung in ihren Organen durchblicken, daß in der Entwaffnungsforderung ein Kompensationsobjekt für die Wiedergutmachung vorhanden sei; zwei Tage darauf verkündete jedoch die völksparteiliche Korrespondenz in höherem Auftrage das Gegenteil, weil der ersteingekommene Standpunkt weder den Escherichen noch den antifemischen-nationalen Rohlingen und Narren genehm war. Die Regierung weiß nicht mehr, was sie will, und ihre Unfähigkeit offenbart sich von Tag zu Tag mehr.

Die Minister arbeiten auf eigene Faust; sie bringen wichtige Vorlagen in die Ausschüsse, die dem Ministerrat nicht unterbreitet waren. Infolgedessen widersteht sich der Finanzminister im Haushaltsauschuß den Vorlagen seiner Kollegen, und der Auschuß lehnt es ab, darüber zu entscheiden, welcher Minister recht hat. So wird der wichtigste Teil des Programms des „Treuhanders“ die „Wiederherstellung der Staatsautorität“, von oben unterhöhlt. Deshalb kümmert sich auch niemand mehr um die Verordnungen. Wie sollte das auch der Fall sein, wenn erst Anweisungen für die — für Südbayern sehr gewichtigen — Falschingsunterhaltungen erlassen werden, am Dienstagmorgen deswegen die Polizeistunde verlängert und am Abend alles verboten wird, dann dieses Verbot am anderen Tage wiederholt wird und trotzdem unter stillschweigender Nichtbeachtung seitens der Polizei alle Veranstaltungen stattfinden?

Ein solcher Zustand ist nur denkbar in einem Staate, dessen „Staatsautorität“ allein auf der Willkür der Polizei aufgebaut ist. Die den zur Erkundung der wirtschaftlichen Zustände vom schwedischen Presserverband nach Deutschland gefandten Schriftsteller Borglund erst schikaniert und dann ausweist — die Polizei bedarf der schwedischen Erge nicht —, und die Frauen und Kinder der Deutschösterreicher ausweist, die das Unglück hatten, durch den Nachspruch der Entente zu Tschekoslowaken gestempelt zu werden.

## Kammerdebatte in Paris.

Paris, 8. Februar. (M.) In der heutigen Kammer Sitzung wurde zu Beginn ein Gesetzentwurf über die Schaffung von Grabstätten für im Kriege gefallene Deutsche angenommen.

Bei Fortsetzung der Debatte über das Pariser Abkommen erklärte de Magallon (Royalist), nach seiner Ansicht dürste man sich keine Illusionen machen über das, was man von einem besiegten Feind erhalten könne, es sei denn, man erhalte es sofort. England sei so klug gewesen, sofort die deutsche Flotte zu verlangen. Er zweifle, daß Deutschland bezahnen wolle. Man müsse die Ruhr besetzen und das Rheinland der preussischen Herrschaft entreißen. Es sei eine Friedenspolitik, Deutschland zu entreücken.

Abgeordneter Klotz (früherer Finanzminister im Kabinett Clemenceau und, ebenso wie Tardieu, Delegierter bei der Friedenskonferenz. Die Red.) sagte, man verlange von der Kammer heute eine Entscheidung von hoher Bedeutung. Klotz glaubt, daß das Abkommen von Paris vorteilhafter für die Deutschen sei als der Friedensvertrag von Versailles (?). Nach seiner Ansicht handele es sich vielleicht (?) nicht um eine Abänderung des Friedensvertrages, sondern vielmehr um ein Zusatzprotokoll, das der Ratifikation der Kammer unterliege. Die vorgelegene Zwangsmahnahmen seien dem Schuldner nicht mitgeteilt worden.

### Briand

erklärt, die Sanktionen seien Angelegenheiten der Alliierten. Nur die Entschlüsse würden Deutschland mitgeteilt. Nach dem Friedensvertrag von Versailles dürsten hierüber die Deutschen Bemerkungen machen, die die Alliierten annehmen oder zurückweisen könnten. Wenn wir, sagte Briand, den Deutschen die Zwangsmahnahmen mitgeteilt hätten, hätte es den Anschein erwecken können, daß es den Deutschen gestattet wäre, darüber Bemerkungen zu machen. Das aber erlauben wir nicht.

Klotz fährt fort: Wir sind vollkommen einverstanden. Nach seiner Ansicht stellt das Abkommen von Paris eine Pauschalsumme mit einem Diskont von 10 Proz. dar. Man könne in der internationalen Finanzwelt Leute finden, die in Dollar, Pfund Sterling und Gulden Darlehen an Frankreich bewilligen würden.

Minister Loucheur ruft dazwischen: Das brauchen wir nicht.

Abg. Klotz fährt fort, es sei unerlässlich, daß die Kammer darüber Auskunft erhalte, ob Frankreich 50 Milliarden Goldmark von Deutschland erhalte. Wie hoch sei gegenüber dieser Summe die auswärtige Schuld Frankreichs? Amerika schulde man 16½ Milliarden. Er zweifle nicht daran, daß die Engländer und Amerikaner in Betracht ziehen würden, welche Opfer Frankreich für die gemeinsame Sache gebracht habe. Klotz spricht sodann von der Annullierung der interalliierten Kriegsschulden. Jetzt habe Frankreich ohne Gegenleistung von seiner Forderung einen Nachlaß gewährt.

Briand erklärt, man hätte bis zum Monat Mai den Gesamtbetrag der Reparationsschuld festzusetzen. Das habe gewisse Hindernisse gebracht, aber durch Einverständnis der Alliierten sei man darüber hinweggekommen. Das sei das wesentliche Verdienst der Konferenz von Paris. Ohne dieses Uebereinkommen wäre Frankreich isoliert und der Vertrag würde nicht mehr spielen.

Zwischen dem Abgeordneten Klotz und dem Ministerpräsidenten Briand entspinnt sich ein Zwiegespräch. Klotz sagt: Ich hoffe, daß die Regierung auch mit unseren Verbündeten von der Mobilisierung unserer Schulden sprechen hat. Briand erwidert: Wenn ich daran nicht gedacht hätte, wäre ich nicht würdig, an dieser Stelle zu stehen. Klotz fährt fort: Ich zweifle nicht daran; aber Sie haben gesagt, daß das Instrument Frankreichs, also der Friedensvertrag, nicht lebendig sei. Haben Sie heute etwas Lebendigeres vorzuziehen? Ministerpräsident Briand ruft aus: Nein, Herr Klotz! Auch in 14 Tagen werde ich Ihnen nicht die Lösung aller Probleme bringen können, die Sie über ein Jahr vergänglich zu lösen versucht haben.

Briand fuhr fort: Ich habe gesagt, was nach zu erledigen bleibt, und ich wiederhole mit Nachdruck, daß ich

### das Vertrauen der ganzen Kammer

nötig habe, um die Verhandlungen fortzusetzen. (Beifall.) Klotz erwiderte: Sie wollen also die Verantwortlichkeit der Kammer an die Stelle Ihrer eigenen Verantwortlichkeit setzen. Sie hätten nur Autorität nötig gehabt, die Ihnen die Kammer einmütig gewährt wird, aber nur unter der Bedingung, daß Sie unsere eigene Verantwortlichkeit nicht engagieren. Briand antwortete: Ich habe der Kammer, deren allgemeines Vertrauen mir vorher bewilligt wurde, Aufklärungen über das erste Abkommen der Alliierten gegeben. Das war meine Pflicht. Sofort ist man mit Interpellationen gekommen, und man hat von mir Aufklärungen verlangt. Man wollte, daß ich schon im voraus über alle Verhandlungen berichten sollte. Ich habe Ihnen kein Protokoll, zur Unterschrift vorgelegt, ich habe Ihnen nur eine allgemeine Orientierung gegeben. Das ist eine viel größere Klarheit als damals, als man von uns verlangte, den Friedensvertrag anzunehmen oder abzulehnen. Jetzt handelt es sich darum, ob die Kammer Vertrauen zur Regierung hat oder nicht.

Klotz: Es handle sich jetzt um das Leben eines Volkes, also nicht um eine einfache Vertrauensfrage für die Regierung. Frankreich müsse den Zinsendienst der Anleihen zu seinen Lasten nehmen, um die Reparationen zu bezahlen, die vollkommen Deutschland schulde. Das sei nicht nur gegen den Waffenstillstandsvertrag, sondern entspreche auch nicht dem Frieden. Selbst Graf Brodorski-Kanhan habe in seinen Gegenvorschlägen die Reparationspflicht anerkannt. Er habe zugestanden, daß der deutsche Steuerzahler mindestens ebensoviel bezahlen solle als die alliierten Steuerzahler. Mit den 14 Punkten von Wilson hätten die Deutschen die Entschuldigungsverpflichtung angenommen, sonst wäre der Waffenstillstand nicht abgeschlossen worden. Es sei nicht möglich, daß die französische Kammer die neuen Steuervorschläge prüfe, bevor nicht das deutsche Budget umgestaltet werde. Der deutsche Steuerzahler zahle nur 15 Prozent, der französische aber 30. Die Kammer könne heute nicht abstimmen, bevor sie nicht klare Aufklärungen habe über die Mobilisierung der französischen Forderungen, über die Vereinbarungen über die Flüssigmachung der französischen Forderungen und besonders über die Regelung der äußeren Schuld, über die Aufrechterhaltung der territorialen Sicherheiten und über die Finanzpolitik. Man wolle versichert sein, daß der französische Steuerzahler nicht die Zinsen zahlen müsse für die Summen, die Frankreich vom Besiegten zu erhalten habe. Nach Briand ergriff Minister

### Loucheur

das Wort: Er verstehe, daß die Kammer Aufklärungen verlange, bevor man nach London gehe. Deutschlands Schuld beträgt 200 bis 210 Milliarden Goldmark. Davon erhält Frankreich 52 Prozent. Man rechne damit, daß der Besatzers in acht Jahren normal sei. Der Abgeordnete Tardieu will unterbrechen, Minister Loucheur erwidert ihn, davon Abstand zu nehmen, um dem Lande nicht das Schauspiel zu geben, daß zwei Männer wie er und Tardieu sich in der Kammer zanken. Loucheur erläutert also dann des näheren, daß im Friedensvertrag alles von der Reparationskommission abhängt und vergleicht die absoluten Ziffern des Vertrages mit dem Abkommen von Paris. Er macht große Reserven hinsichtlich der in der Öffentlichkeit bis jetzt aufgestellten Berechnungen.

Paris, 8. Februar. (Nachricht des holländisch Neuwisbureau.) „Deure“ steht die einzige Möglichkeit für Frankreich, sich wirtschaftlich wieder zu erholen, darin, daß man die Deutschen zwingt, das zerstörte Gebiet wieder aufzubauen. Deutsche Arbeiter sollen das mit deutschem Material tun. Dieser Modus würde den Vorteil haben, daß Deutschland sich seiner Verpflichtungen nicht entziehen kann, die Alliierten keinen Zahlungsmodus festzustellen haben und daß die Deutschen den Franzosen nichts vorwerfen können, daß in der Feststellung des Schadens Unregelmäßigkeiten begangen wurden. Die französische Industrie werde darunter nicht leiden, da in dem zerstörten Gebiet nur wenig geschulte Arbeiter und Unternehmer arbeiten.



Die den Befestigungszustand, die Anebelung des Vereins- und Versammlungsrechtes nur für Sozialisten aufrechterhält, aber Rowdys, weiße Blusen und Kriegsbeher aus dem Münchener Hauptquartier Ludendorffs ruhig „demonstrieren“ läßt. Der Biederer Mann v. Rahr aber reist nach Berlin, um mit der Versicherung der völligen Uebereinstimmung mit der Reichsregierung in München das Spiel mit beiden Händen weiter fortzuführen.

Und zu dieser Tragikomödie bilden die Kommunisten die Staffage. Bei jedem Sinnes für das Notwendige und ohne Instinkt für Politik, leisten sie bewußt und unbewußt der Reaktion Handlangerdienste. Sie begreifen nicht, daß sie den Zerfall der deutschen Republik herbeiführen werden, oder sie hoffen auf deren Trümmern das phantastische Brettergerüst eines fälschlich als Kommunismus ausgegebenen Irreführens zu errichten. So wiederholen sich die Erscheinungen im April 1919 in München. Aber die Akteure wechselten. Die von „Fremdstämmigen“ geleiteten Arbeitermassen fehlen. An ihre Stelle sind mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis arbeitslose Offiziere, nichtlernende Studenten mit ostelbischen Traditionen, Abenteuerer und Orgehsleute, Vorkämpfer und allerlei dunkle Existenzen getreten. Der Spiritus rector dieser Bande von Kollaborateuren aber sitzt in der ehemaligen Kgl. Polizeidirektion München. Ein Nachfolger der Fouché, Andrieux, Stieber und Krüger, besitzt er den zur Ausübung seines Handwerks nötigen Mangel an Verantwortungsgesühl. An seinen Dröhnen bewegt sich der „Prinz Rahr-Neval“ der bayerischen Republik. Ueber sein Schicksal wird am 20. Februar vom preussischen Volke entschieden. Erteilt es den preussischen Reaktionären die verdiente Absfuhr, dann steigt der Faschingsprinz am Wochermittwoch von seinem Throne herab und widmet sich wieder seinem bürokratischen Berufe. Im anderen Falle aber wird an die Stelle des unselbständigen „Treuhanders“ ein Mann treten, der nicht mehr in der Masse eines versaffungstreuen Biedermeiers aufzutreten braucht. Bis dahin mag die Münchener Faschingspolitik ihr abderitisches Spiel weiter treiben.

## Die Bayernkrise.

München, 8. Februar. (M.B.) Der „Bayerische Kurier“, das Blatt der Bayerischen Volkspartei, schreibt zur politischen Lage und zur heutigen Ministerratssitzung: Die Beratungen der Fraktionen werden morgen fortgesetzt werden. Zu irgendwelcher Verantwortung besteht keinerlei Veranlassung. Alle Gerüchte von einer Koalitionskrise oder gar Regierungskrise sind völlig grundlos.

München, 8. Februar. (M.) Die auf heute nachmittag 4 Uhr anberaumte Vollversammlung des Landtags dauerte nur ganz kurze Zeit. Um 1/2 5 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgehoben und auf morgen vormittag 8 Uhr vertagt, weil um 5 Uhr Beratungen der Fraktionen über die politische Lage beginnen. In seiner heutigen Sitzung hatte sich der Ministerrat einmütig auf einen längeren Beschluß geeinigt, der später den Fraktionsführern der Koalitionsparteien vorgelegt wurde. Diese erklärten es für notwendig, den Beschluß des Ministerrats ihren Fraktionen zur Besprechung und Beschlußfassung zu unterbreiten. Es ist anzunehmen, daß die Beratungen der Fraktionen sich bis in den Abend hinein erstrecken werden. Dann wird eine nochmalige Fühlungnahme mit der Regierung erfolgen müssen, und erst hierauf wird das Ergebnis der Beratungen der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Inzwischen hat die unabhängige sozialdemokratische Fraktion des Landtags an den Ministerpräsidenten Dr. v. Rahr eine Interpellation eingebracht, in der von ihm Auskunft über die Stellung verlangt wird, die er am 5. Februar eingenommen hat. Die Interpellation wird damit begründet, daß aus den amtlichen Pressemitteilungen keine Klarheit über die Haltung der bayerischen Regierung zu gewinnen sei, da ein Widerspruch zwischen den offiziellen Meldungen der Berliner und Münchener Regierung bestehe. Die erste politische Bage erfordert Klarheit über diesen Widerspruch und Gelegenheit für den bayerischen Landtag zur Stellungnahme.

## Komponisten und Pädagogen.

### Konzertumschau.

Die kompositorischen Begabungen drängen und stoßen sich. Kaum eine Woche ohne neuen Namen. Die angeborene Bescheidenheit läßt die meisten ohne tiefere Zwang an die Öffentlichkeit flattern. Schließlich: Welcher Musiker komponiert nicht? Es lohnt sich nur dann von den Talenten zu sprechen, wenn aus der Leistung mehr als etwas Bekanntes, wenn wirkliche Menschenstimme, echtes Menschenleben aus dem Werk zu sprechen scheint. Dies Gefühl hatte man bei einigen japanischen Liedern von Grete Jierich. In dem Zyklus dieser 10 Lieder sind Anfang und Ende mit reicher Gehaltigkeit geschrieben; das mag hingehen. In der Mitte stehen drei Lieder (Erinnerung, Komm einmal noch, Rückblick), um die es lohnt, Grete Jierich kennen zu lernen. Es sind eigentlich Klavierlieder, Stimmungsbildungen auf den Leisten, denen der Gesang zögert nachzulaufen; es ist aber eine solche Weisheit, eine so silberne zitternde Gefühlslinie in diesen Musikillustrationen, daß auch bei einer wenig persönlichen Haltung der Stimme starke Wirkungen erzielt werden. Die Komponistin begleitet ausdruckslos, Gertrud Wolf sang fast nur Falsch. Eine Serenade für Streichtrio und Klarinette von Ernst Krenel macht mit einem zweiten Talent bekannt. Mit 19 Jahren hat er dieses Stückchen froher, liebreicher, musikalischer Kammermusik geschrieben. Jetzt ist er Schüler von Schreier und löchelt gewiss, wenn er hört, wie die Lobpreise moderner Musik, Brahms und Wagner, in diesen Höhen ihr Spielchen treiben. Was tut's? Jungenshafte Unbesonnenheit, frische, unbedachte und reine Phantasie, starkes Scharfsinn und in mancher Bräse eine besondere Empfindlichkeit für Klangfarben lassen Vorbilder vergessen und dieses verkappte Streichquartett als Aufsatz für mehr als nur talentierte Arbeit erkennen. Erik Villauer schreibt sein op. 88 mit der Sicherheit eines Orchesterleiters. Er weiß neben dem Streichquartett auch der Flöte, Klarinette und dem Fagott nicht nur ausprägen, sondern auch begründete und spezifische Töne zu geben. Ein ausgesprochen Sinn für die strenge Form stellt ihn zu den Komponisten älteren Schlages. In den Entwürfen wird dieses formale Denken in sehr lauter Arbeit sichtbar, ohne daß die Phantasie zu sehr belastet würde. Am lustig bewegten 1. Satz und im Anfangsmedeil auch die sich, die Melodie erhält Charakter, und höchst respektables Schlußstück verleiht einen kanonischen Gemuß, der die Wiederholung des dankbaren Werks herbeiwünscht.

Dem italienischen Futuristen Respighi sind wir in den Konzerten als Bearbeiter alter Längen und als programmatischer Musiker in der Richtung Debussis schon bekannt. Wir hören hier die „Ballade der Götterfrauen“, die musikalische Fernbildung einer höchst altägyptischen Göttergattung. Respighi spielt mit dem Orchester, er läßt die Instrumente durcheinandertönen, amüsiert sich mit den allerersten Kombinationen der Bläser- und Sängergesamtheit, kultiviert den Hörer, gebärdet sich in mehr geschicktem und apertem als wählisch-abgeschmecktem Orchesterpaß höchst gemüßlich. Was aber soll das Ganze? Programm ist kaum durchführbar, bequemer Durcheinander viel eher schon, und das Motiv erstickt am Aufmangel. Eine Kuriosität, kein Werk. Man muß aber gesehen haben, wieder Dresdener Kapellmeister Fritz

## Das Tischtuch zerschneiden . . .

### Die fränkischen Arbeiter gegen Rahr-München.

Im letzten Abendblatt gaben wir eine Entschärfung wieder, die die Sozialdemokratische Partei Nordbayerns über das Verhalten der Rahr-Regierung gegen die Ententeforderungen gefaßt hat. Infolge Unterbrechung des Ferngesprächs konnten wir die wichtigen Schlüsselpunkte der Entschärfung nicht erhalten. Sie sind uns nachträglich zugegangen, und da sie von politischer Wichtigkeit sind, mögen sie im Wortlaut hierhergeleitet sein:

„Kommt die Regierung in Bayern,“ so heißt es da, „nicht in letzter Stunde zur Besinnung, läßt sie sich auf einen Bruch mit dem Reich ein, dann wird die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern, ebenso wie die Bevölkerung von Schwaben, Württemberg und Baden, das Tischtuch mit München zerschneiden und sich an die Seite des Reiches stellen.“

In letzter Stunde warnen wir die Rahr-Regierung. Die nordbayerische Bevölkerung steht fest und treu zum Reich und wird sich darin nicht wankend machen lassen.

Weist den Reichsregierungen die Tür. Bewahrt Ruhe und Besonnenheit. Laßt Euch nicht irreführen! Haltet Euch aber bereit, und folgt geschlossenen Euren Führern, wenn sie Euch rufen!“

## Preußen gegen Paris.

### Eine Erklärung der Landesversammlung.

Berlin, 8. Februar. Der Ständige Ausschuß der Preussischen Landesversammlung hat die folgende Erklärung beschlossen:

Die unerhörten Forderungen, die dem deutschen Volke von den Alliierten in der Biederbergumachungsfrage zugemutet worden sind, haben den entrüsteten Widerspruch aller Kreise des Volkes gefunden. Die preussische Volksvertretung schließt sich dem in vollem Maße an. Was mit den Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes vereinbar ist, muß den übernommenen Verpflichtungen entsprechend für die Wiederherstellung der durch den Krieg verwüsteten Gebiete geleistet werden, darüber hinaus aber kann keinem Volke zugemutet werden, sich freiwillig in die Sklaverei zu begeben. Diese Erniedrigung weist das deutsche Volk von sich, zumal es damit zugleich seine Kinder und Kindeskindestern zu einem Sklavendasein verurteilen würde. Die preussische Volksvertretung erwartet von der Reichsregierung, daß sie ihren ablehnenden Standpunkt unerschütterlich beibehält, und fordert in dieser ersten Stunde, in der es sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt, alle Kreise des Volkes auf, in der Abwehr dieser unmöglichen Forderungen der Entente geschlossen zusammenzutreten.

Die Annahme dieser Entschärfung geschah mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten. Die Unabhängigen und die Kommunisten gaben Sondererklärungen ab.

## Deutschnationale Drehscheibe.

### Zur „Einheitsfront mit der Sozialdemokratie“ bereit?

Wie aus Hamburg gemeldet wird, hielt am Montagabend in Altona der Führer der Deutschen Volkspartei Stresemann eine Rede, in der er sagte:

Die einzige Möglichkeit, uns gegen ungerichtetsten Zwang zu wehren, gibt die Bildung einer nationalen Einheitsfront. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß sie in letzter Stunde noch zustandekomme. Die Deutschnationale Partei habe ihm jetzt die Erklärung zugehen lassen, daß sie keine Bedenken haben würde, auch mit der Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden.

Eine Bestätigung dieser Erklärung des Herrn Stresemann von deutschnationaler Seite bleibt abzuwarten. Aber da in München bereits die Verbrüderung mit den Kommunisten vollzogen ist, würde das Angebot einer Koalition an die Sozialdemokraten nur einen bedauerlichen Schritt nach rechts bedeuten. Die Wähler freilich werden noch immer munter aufgefordert, am 20. Februar der „sozialdemokratischen

Wirtschaft“ in Preußen durch Abgabe des wunderlichen deutschnationalen Stimmpapiers ein Ende zu bereiten. Diese Mühe dürfte doch ganz vergeblich sein, wenn man auf der andern Seite der „sozialdemokratischen Wirtschaft“ wieder mit einladender Bewegung die Tür zur Reichsregierung öffnet.

Die Nachricht klingt so merkwürdig, daß man bis auf weiteres annehmen kann, Herr Stresemann müsse sich verhöhrt oder falsch gelesen haben.

## Traurige Patrioten.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Scharfmacherorgan der Kohlenbarone, schreibt in ihrer letzten Wochenübersicht:

Wundern brauchen wir uns übrigens darüber nicht, daß die Entente auf die Erhebung eines Ausfuhrzollens als auf ein besonders wirksames Mittel wirtschaftlicher Anebelung verfallen ist, haben wir sie doch sozusagen mit der Nase darauf gestoßen. Die verflochtene sozialistische Regierung selbst hat bekanntlich den Gedanken einer Ausfuhrzollabgabe erfunden und in die Praxis umgesetzt. Erst unter der neuen Regierung ist es gelungen, die Abgabe, welche ursprünglich 10 Proz. betrug, soweit abzubauen, daß sie heute im großen Durchschnitt noch etwa 2-3 Proz. ausmacht. Was lag näher, als daß Frankreich dieses Zoll, welches der deutschen Industrie von der eigenen Regierung auferlegt worden ist, nunmehr seinen ausbeuterischen Interessen dienlicher zu machen suchte. Die Ententemänner werden sich darauf berufen, daß Deutschland eine solche Abgabe ganz gut werden vertragen können, da man sie ja sonst nicht selbst eingeführt hätte.

Diese Beweisführung ist nicht sehr original mehr, seitdem der Herr von den Kerthoff, der aus lauter Steuerfreude ein Amisstegele erbrach, sie zu einem Vorstoß gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt hat.

Sachlich ist zu bemerken: Die Ausfuhrzollabgabe ist keineswegs erst eine von den Sozialdemokraten erfundene Einrichtung, sondern sie hat außer in fremden Ländern auch bei uns in Kriege, also unter der Ära Wilhelm-Helfferich, für Kohle, ebenso wie für Eisen schon bestanden. Zum anderen verspricht die „Bergwerkszeitung“, daß die Unternehmer es immer gewesen sind, die sowohl bei allen Sozialisierungsberatungen, wie beim Reichsnotopfer wie auch bei den Ausfuhrzollabgaben, immer die Ansprüche der Entente betont und so das Ausland „mit der Nase darauf gestoßen“ haben, hier sei etwas zu holen. Damit wollten sie sich vor unangenehmen Maßnahmen schützen. Es wäre ja ein Wunder, wenn die öffentlich ausgesprochenen patriotischen „Bedenken“ nicht drüber ein williges Ohr gefunden hätten. Schließlich — und das ist die größte Niedertracht — verschweigt man, daß die Arbeitnehmer sofort dem Abbau der sozialen Abgabe zugestimmt haben, als infolge der internationalen Krise die Abfuhrmöglichkeit des Ausfuhrhandels zurückging und die hohen Abgabensätze sich nicht mehr halten ließen. Hier haben die sozialistischen Arbeitervertreter ein Verständnis für die Notlage der Industrie erwiesen, das die Unternehmer mit Reformidolenden quittiert haben.

Die Abgabe war auf Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft eingeführt, und ohne die Zustimmung der Arbeitgebervertreter hätte sie nie abgebaut werden können. Jetzt soll ihre Ermäßigung ein Verdienst der „Ausbauregierung“ sein, nachdem Gen. Schmidt, der unseres Wissens ihr nie angehört hat, die Herabsetzung der Sätze bereits begonnen hat. So die zu funkern, bekommt nur ein schwerindustrielles Organ fertig.

## Der Polizeimajor.

Ueber die Kündigung des Inspektors der Schutzpolizei von Priesdorff regt sich die reaktionäre Presse besonders auf. Wir haben schon im letzten Abendblatt auf die Gründe hingewiesen, die die Kassastellung dieses geschäftigen Herrn notwendig machen. Inzwischen bringen die PPR über die Vorgeschichte dieser Kündigung weitere Einzelheiten. Aus ihnen ist zu entnehmen, daß Priesdorff, den der damalige Minister des Innern, Heine, nach dem Rapp-Rußch an die Spitze der Sicherheitspolizei berufen hatte, trotz der ihm von Heines Nachfolger, Minister Seering, erteilten weitgehenden Vollmachten bald geseigt hat, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Insbesondere hat Priesdorff, als er nach der Spa-

## Oberschlesien.

Heimatland, armseelig und verrufen,  
dürft'ger Frühling überqualmter Stadt,  
Land der Eßen, niema's arbeitsfah,  
wo der Gruben dunkle Burgen schufen  
deutsche Hände unermüdetlich kühn.

Sollen nun für Fremde unsere Werke glühn?

Schmale Wälder, farge Ackerstreifen,

tausend Schöte flagen Rauch und Glut.

Immer raunt der Hüften Hämmerwut.

Aus den hohen Döfen wilde Feuer schweifen.

Noch wie oft im Flammenschein ich stand,

sprach mein Mund ins Tosen füll: „Heimatland“.

O, mein Herz muß für dich schlagen,

scharf — die Sonn', dort Schatzen! — zieht die Grenze hin.

O, daß ich ein Deutscher bin,

braucht mir niemand erst zu sagen.

Kraft der Deutschen schuf die Heimat stark.

Fremdes Bett wird ihr zum Sarg.

Kristob Hein.

Die Berliner akademische Welt im Winter 1920/21. Die Hochschullust hat für diesen Winter einen gewissen Stillstand der bisher rapide wachsenden Zahl der Berliner akademischen Bürger ergeben, der sich besonders an der Universität sichtbar macht. Die Universität zählte diesmal 12 532 Immatrikulierte (11 112 Männer und 1420 Frauen) — im vorigen Winter 14 805. Der Rückgang geht mehr auf Abgänge und Streichungen in den Hochschullisten. Das Recht zum Hören von Vorlesungen erhielten außerdem 1720 männliche und 377 weibliche Nichtimmatrikulierte gegen 1087 und 288 im vorigen Jahre. Stark gewachsen ist die Zahl der ausländischen Studenten, trotz erhöhter Gebühren. Es sind jetzt 904 an der Universität gegen 443. Die größte Zahl stellt Rußland: 182. Keinen Rückgang weisen die übrigen Berliner Hochschulen auf. Die akademische Welt Berlins zählt insgesamt 18 122 männliche und 2023 weibliche Studierende, zusammen 20 145 Köpfe.

Ein akademischer Kammerorchester (Dirigent Ernst Erndt) wird, ist an der Universität Berlin gerüstet worden. Bekannte und Damen und Herren amtlicher Akademiker, einschließlich der Hochschule für Musik und der Technischen Hochschule. Beratungen bei dem Schriftführer Hans Köhler, Berlin-Weißensee, Lehnstr. 101.

Das Reichs-Literatur-Gesamtwort wurde Dienstag vormittag eröffnet. Das auf dem Reichs-Literatur-Gesamtwort um herbeizugewandene Institut ist das bisher einmal keiner Art in der Welt. Es besteht aus einer Schenkung, einer Stiftung, einer Bibliothek und dem Archiv und bezieht die deutsche Volkswirtschaft vorwärts, indem die einzelnen Wirtschaftswerte dargestellt werden. Es ist ein gewisses Vollkommenheit auszeichnet und bisher nur die Abteilungen: Poesie, Lyrik und Prosa.

Geschichte der Menschheit. Studiendirektor Dr. Kaufmann hält an der Humboldt-Hochschule, Dorothienstr. 12, Donnerstags 7-8<sup>1/2</sup>, Beginn 17. Februar, eine Vorlesungsreihe „Geschichte der Menschheit“. In diesem Winterjahr wird die Geschichte des Altertums und Mittelalters in ihren Anfängen behandelt. Prof. Dr. Ludwig Dübbe hält eine Reihe über Deutsche Verfassungsgeschichte, Lyotzenstr. 12, Dienstags und Freitags 6-9<sup>1/2</sup>, Beginn 15. Februar.

Reiner das hanhabelt. Nach einer Vorbereitung von 2 Minuten ist er Herr des Orchesters, und, alles auswendig meißelnd, jeder kleinsten Situation. Er kommt vom Theater, das Feuer, der leidenschaftliche Trieb drückt leuchtend durch und die Erregung beflügelt ihn. Ein dramatischer Dirigent, ein aufrüttelnder. Tino Pattiera sang; er gehört auf die Bühne, und man denkt immer, er werde gleich anfangen zu agieren. Ich kenne keinen schöneren Tenor auf der heutigen deutschen Bühne (Schlowter ist ausgesungen), und die wundervoll schmelzende Stimme dieses Italieners läßt auch einmal das nur-schön-Singen des Bel-Konistes erlaubt erscheinen. Max Kapella sang schon vor Jahresfrist mit gutem Erfolg; damals nannte er sich Bariton. Ich bemängelte die Bezeichnung und glaubte, er werde ein echter Tenor. Jetzt nennt er sich so, ist aber ein Bariton mit tenoraler Höhe. Einzelne: das Organ klingt schön und echt und der Ton hat Tragkraft; keine Unebenheiten schleift die Zeit ab. Er führte die erkundungsfähigen, Arg ausdeutenden und gefanglich dankbaren Vieder Karl R ä m p s zu Erfolg. Derselben Komponisten passliche Sonate (ich hörte den letzten Satz) litt unter der Rattigkeit des Cellotons und dem Krommen der Pianistin. Nebenbei prob und unachtsam war Duord Morice beim Begleiten der Sopranistin Margarete Lehner. Wollte er ihre Schwächen decken? Die im Grunde schöne Stimme ist noch nicht frei, in der Kehle gedrückt, auch die Sprachfehler scheinen auf unvollendete Schulung zu weisen. Mit der Art der Hanne hing sie unsicher an; bei Schwerm bedachten Salonliedern fühlte sie sich wäher und ein Wahler-Lied geriet gut. Zufallstreffer sollten zur Sicherheit führen — Behrer heraus!

Unter den Pianisten nimmt Ma B a n e r a eine beachtenswerte Position ein; mit Recht, denn auch wenige Takte zeigen, daß sie eine temperamentgeladene, todsichere, musikalisch überlegene Künstlerin ist. Man lerne von ihr. Auf keinem Instrument wird so blutig gesündigt wie auf der Geige. Und das Unterrichten auf der Geige ist — eine Handvoll heroischerer Lehrer ausgenommen — in Berlin Sport und Erwerbsquelle der Virtuosen geworden. Methode ist notwendig, nicht spielerisches Können. Wissen um das physiologische Mögliche und Nützliche, Kenntnis von der Kräfte, Begrenzungen, Sinn für Ausmerzung der Schäden und pädagogisches Talent machen den rechten Geigenlehrer aus. Das Genie spielt ohne Lehrer. Die Leistung der Talente an den Abgründen fehlerhafter Technik, mangelhafter Tonentwicklung, Verfleischung des Handgelenks vorbei, kann nur einem Hochmann obliegen, der mit großer Erfahrung des Verständnisses und die Liebe zum organischen Aufbau des geigerischen Talents hat. Siegfried Eberhart spricht nach seinem hervorragenden, methodologisch klugen Buch über die „Virtuose Violintechnik“ der rechte Mann dazu. Man gebe ihm Gelegenheit, auf weiter Plattform seine Lehren vor Schülern und Pädagogen vorzutragen — und wir sind sicher um viele handwerklich vergebene Geigenabende ärmer, vielleicht aber um manches darübende und sich mühende Talent reicher!

Dr. Kurt Singer.

Francesco d'Andrade †. Gestern mittag erlag der gefeierte Sänger d'Andrade einem Schlaganfall, den er vor einigen Tagen erlitten hatte. Francesco d'Andrade war Portugiese, wurde 1859 in Lissabon geboren und trat mit 23 Jahren in San Remo vor die Öffentlichkeit. Seitdem war er in den meisten europäischen Hauptstädten ein gefeierter Gast. Als seine Gesangsrollen seien der „Don Juan“, der „Barbier“ und „Rigoletto“ genannt.



Genossen! Genossinnen! Besucht heute abend Abteilungs-Versammlungen. die bekanntgegebenen Wichtige Mitteilungen erfordern Eure Anwesenheit.

Groß-Berlin

Wermuths Abschied vom Städtetag.

Aus Anlaß seines Ausscheidens aus der Berliner Stadtverwaltung hat Oberbürgermeister Wermuth auch sein Amt als Vorsitzender im Deutschen und im Preussischen Städtetag niedergelegt und sich in einer gemeinsamen Vorstandssitzung beider Städtetage verabschiedet.

mann wurde zurückgebracht. Es entstand wieder ein Handgemenge, bei dem sich Dr. Zeller bückte, um einen Revolver heroorzuholen. Der Angeklagte benutzte sofort die sich ihm darbietende pralle Hinterseite des Herrn Dr. Z., um ihn nach Schullehrerort ein paar Hiebe überzujubeln.

Oeffentl. Wählerversammlungen

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr: Sponda, Kochs Restfälle, Feldstr. 67. Referent: Gustav Oester, R. d. S. Niederlehndönewalde. Öffentliche Versammlung für die Elternbeiratswahlen in der Schulaula, Berliner Str. 81. Referent: Prof. Dr. Oestreich.

Oeffentliche Frauenversammlungen:

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr: 2. Kreis, Tiergarten, Airländer-Oberrealschule, Zwinglstr. 2. Referentin: Minna Todenhaagen. Neukölln, Aula der Realschule, Emser Str. 187. Referentin: Gertrud Hanna, R. d. S. Gatow a. d. Havel. Referentin: Elfriede Ryned, R. d. S.

Beamte und Angestellte der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden.

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Thorus-Säle, Müllerstr. 142. Referent: Legationsrat Dr. Jocklin. Aula der Handwerkerhohle, Andraastr. 1. Referenten: Reichert, Kollar und Hermann Kranold, Presschef im Oberpräsidium Hannover. Tagesordnung: Die Bedeutung der Landtagswahlen für die Beamtenschaft.

bleiben mußte. Die moralische Schuld liegt auf Seiten des Dr. Zeller, der nicht einmal sozialer Taktgefühl besessen habe, die ganze Sache möglichst im Revere der Vergessenheit verschwinden zu lassen, sondern sie noch vor Gericht und damit in die Öffentlichkeit bringe.

Waffenfund in Westend.

In der Frankentallee in Westend wurden am Montag, nachts 2 Uhr, in einer Automobilschloßerei durch die Schupo etwa 40 Maschinengewehre und ungefähr 25-30 000 Schußmunition auf einem Lastwagen beschlagnahmt.

In den ersten Monaten des vorigen Jahres wurde durch unseren Parteigenossen R. Krause, Berlin, Waldstr. 55, eine gewaltige Anzahl von Patronen beschlagnahmt, die nach Polen verschoben werden sollten.

zwecks Einhängung der Belohnung und erhielt den Befehl, daß die von ihm erfaßten Patronen am 15. Mai 1920 vom Reichswehrinfanterieregiment Nr. 5 übernommen worden seien.

Eine Abteilung für weibliches Hauspersonal eröffnet der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin am Montag, den 14. Februar im Stadtbezirk Wedding N 89, Gerichtstr. 35, Hof 4, 1. Etage. Vormittags von 8-3 Uhr werden bewährte Reinraum- und Badfrauen für Privathaushalte, Bureau- und Treppenreinigungsfrauen sowie Frauen zum Aufräumen von Wasserleitungen vermittelt.

Verlängerung der Eintragung in die Brillekundenlisten. Das Kohlenamt Berlin teilt mit: Die Frist zur Eintragung in die Brillekundenlisten für Hausbrand, Gewerbe und Behörden mit Ofenheizung wird bis zum 15. Februar 1921 einschließlich verlängert.

Einbruch durch die Decke. Im Hause Dirlschstr. 23 befindet sich im Erdgeschoss das Tuchlager von Fritz Schackel. Gestern abend drangen Einbrecher in die über dem Laden gelegenen Räume der kaufmännischen Privatschule von Otto Klautner.

Schließung zweier Kohlenhändlergeschäfte. Wegen großer Verluste wegen der Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin vom 6. März 1919 ist den Kohlenhändlern Paul Schumacher, Berlin-Reinickendorf, Reichenstr. 2, Theodor Fichtenhauer, Wilmersdorf, Turander Str. 2, der Fortbetrieb des Kohlenhandels unter sagt worden.

In der Wohnung der Freundin erschossen hat sich gestern die 24 Jahre alte Lisa K. aus der Lortstraße. In einem Augenblick des Alleinleins tötete sie sich in der Wohnung derselben an: Kottbuscher Straße durch einen Revolverstich ins Herz. Unglückliche Liebe soll sie zu dem Schritt getrieben haben.

Saison- und Inventur-Ausverkäufe. In Handelskreisen herrscht vielfach die irrige Meinung, daß es jedem erlaubt sei, sechs Wochen lang den Saison- oder Inventur-Ausverkauf zu veranstalten. Dies trifft jedoch, wie der Detailhändlerverband der Bekleidungsindustrie und verwandter Branchen mitteilt, nicht zu.

Wer kennt die Tote? Noch nicht festgestellt ist die am 18. Januar aus dem Kanal in Siemensstadt gefandene Leiche einer weiblichen Person. Die Unbekannte ist etwa 18 bis 20 Jahre alt gewesen und stieg 1,62 Meter hoch. Sie ist schmächtig, hat dunkelblondes langes Haar, langes volles Gesicht, hohe Stirn, bezaubernde Augenbrauen, kleine, aber sehr dicke Nase, kleinen Mund, vollständige Zähne und kleine Hände.

Der verprügelte Liebhaber.

Ein menschlich und auch juristisch gut begründetes Urteil fällt gestern das Schöffengericht Berlin-Schöneberg in einer Strafsache gegen den Kaufmann R. wegen gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruchs. Der Angeklagte, ein wohlhabender Herr, hat eine feiche junge Frau, welche eines Tages die Bekanntschaft des Dr.-Ing. Zeller, eines ebenfalls feichen jungen Mannes, gemacht hatte.

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho. Er, dem du das Einzigste warst? Im Grimm über ihre eigene Nüchternheit schrieb Marja auf: Das Einzigste? Sollte ich denn sein Einzigestes sein... sollte ich deswegen meinen Arm um seinen Hals schlingen, weil er niemand anders hatte als mich? Meinestwegen hätte er noch so viele haben können. Haha! Und wenn er sich nur bald eine nimmt, seine Mutter wird ihm schon eine schaffen, hat ihm vielleicht schon eine geschafft.

vorbereitet, wann er auch kommen mag. Da er im Vorwinter mit seinen Männern, um Pelze zu kaufen, das nördliche Norwegen und die Gegenden am Weissen Meer durchstreift hat, führt im Spätwinter seine alljährliche Reise über das Dorf nach Süden. Lange können sie nicht zu Hause weilen, einige Tage, höchstens eine Woche. Dann werden Feste und große Tänzerien veranstaltet. Dann kleiden sich alle Mädchen in ihren besten Staat.

haltend, oder sie warf sich, auf sich selbst zornig, auf ihr Bett und zog sich die Felldecke über die Ohren, um nichts zu hören und nichts von seiner Ankunft erfahren zu müssen. Aber wenn die Hunde nicht bellten und nichts zu hören war, dann sah sie um so mehr. Sach Schemekka vor sich stehen und Luha auslachen, sah ihn auf der Treppe des Speichers dort zu Hause sich über sie beugen, sah ihn schlant aus der Bodestube treten, sah ihn wieder, wie er sie umarmte, wie er ihr aus dem Boote entgegenlief, sah ihn bald in den Wirren des Traumes, bald mit wachenden Augen.











Kriegsanleihe wird zu 84%, in Zahlung genommen!

# Pelz- u. Plüsch-Woche!!

## Auffallend billig!

Pelzmäntel . . . . . 2000, 3000	Pfischmäntel . . . . . 650, 1000
Astrachanmäntel . . . . . 350, 525	Krimmermäntel . . . . . 825, 1080
Sealplüschmäntel . . . . . 1950, 2700	Modell-Pfischmäntel jetzt 1000
Gummimäntel für Damen . . . . . 392	Gummimäntel für Herren . . . . . 475
Impr. Seidenmäntel . . . . . 250	Covercoatmäntel . . . . . 212 - 299
Kostüme . . . . . 145 - 1200	Sportjacken . . . . . 45 - 295
Gesellschaftskleider . . . . . 350 - 900	Stoffröcke . . . . . 44 - 300

# Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a  
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Besuch möglichst vormittags erbeten, da nachmittags zeitweise starker Andrang.

## Konkurrenzlose Preise!

<b>Fahrradreifen</b> Prima Gummi 28 x 1 1/2 von 48.- M. bis 124.- M.
<b>Garantierreifen</b> von 70.- M. an
<b>Gebirgsreifen</b> , prima . . . . . 80.- M. (1 Jahr Garantie)
<b>Fahrradschläuche</b> , in Gummi . . . . . 16.50 M. bis 20.- M.
— Karbid — Öl —

Autoreifen- und Fahrrad-Haus **Nord-Ost** Berlin, Elsasser Str. 89 am Rosenthaler Tor

## Tagesgespräch von Berlin

ist der  
**Engros- und Detail-Verkauf**  
von

# Aluminium- und Emaille-Haus- und Küchengeräten

Nur Prima Ware!  
Konkurrenzlose Preise!

Lehrervereinshaus, Weißer Saal • Alexanderplatz  
Nur bis Sonnabend, den 12. Februar

## Die Brikettkundenliste

für Ofenbrand und Gewerbe liegt zur  
**Neueintragung**  
vom 1. bis 10. Februar 1921 aus  
Wir empfehlen und zur prompten und gewissenhaften  
Lieferung ab Lagerplatz und frei Haus

für  
**Zentralheizungs- u.  
Warmwasseranlagen**  
findet die Neueintragung bis 15. März statt

Gamlinger Sorten Schmelzsteine,  
Gastofen, Steinöfen, Kachelöfen, Holz-  
u. Torf, in Qualität, stets am Lager

## Schroedter & Würthner

Gegründet 1864 Kohलगroßhandlung Tel.: 898. 2157  
Bahnhofplatz Mühlenstr. 18, Wallerplatz Stralau, Cuneiterstr. 41/42



## Schon seit langem

werden unsere Fabrikate wegen ihrer anerkannt guten Eigenschaften im Volksmunde

# die guten MASSARY Zigaretten

genannt.  
Darum bleibt unser Grundsatz:  
**GUTE WARE,  
EINFACHE AUSSTATTUNG!**

Wer bezahlt die Ausstattung?

In dieser Frage liegt die Antwort: Luxuspackungen stellen eine Belastung dar, die die Qualität der Zigaretten wesentlich beeinflusst.

Mit Rücksicht darauf sind unsere neuen Packungen schlicht gehalten, aber doch von eigenartig künstlerischem Gepräge, das den verwöhntesten Ansprüchen genügen wird.

## Urteilen Sie selbst!

Aus oben angeführten Gründen sind wir in der angenehmen Lage, unsere beliebten Marken

- Massary „Classé“ 30s
- Massary „Caid“ 40s
- Massary „Roal“ 50s

auch weiterhin **zu allen Preisen.**

bei immer gleich guten Qualitäten auf den Markt zu bringen.

**MASSARY**  
Zigarettenfabrik.

Prompte Belieferung durch:

## Otto Behrend

### Kohलगroßhandlung

Gegr. 1881  
Hauptkontor Berlin O. 17, Mühlenstr. 8  
Bahnlagerplätze: Schlesiacher Bahnhof  
Wasserplatz 50, 26, Lohmühlenstraße 27-32  
Königsstadt: 1516 u. 2159

### Neueintragungen

## Briketts u. Koks

Anfuhr durch eigene Gespanne und Lastautos innerhalb ganz Groß Berlin  
Vertreterbesuch unverbindlich

**Spezial-Arzt** Dr. Jaffe für Weiblichkeits-, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Distichlerkrankungen, Spektroskop. Herzt. u. Brustkr. Blut- u. Harn-Untersuchung in der Heil- u. Erholungsanstalt „Cöler“ nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

### Stellenangebote

Gesucht zum sofortigen Eintritt ein  
**zweiter politischer Redakteur**  
an eine Parteizeitung (M.G.P.) in einer großen Industriestadt. Gewandtheit in russischer Sprache. Es wird nur auf eine geübte Stelle rechnet. Offerten mit Gehaltsansgabe an Dr. Braun, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2. 187/6

Bei der unterzeichneten Gebietsregierung ist die Stelle eines  
**wissenschaftl. Hilfsarbeiters (Voll- u. Teilzeit)**  
oder **Juristen mit Richterbefähigung**  
(und möglichst rechtswissenschaftlicher Vorbildung)  
sofort zu besetzen. Die Beförderung erfolgt nach den Grundregeln für die nicht planmäßige unmittelbaren Staatsbeamten. Bereits zurückgelegte Dienstjahre können angerechnet werden.  
Bewerbungen mit Zeugnisabschriften sind bis spätestens 20. Februar 1921 einzureichen. 191/29  
Gera, den 7. Februar 1921.  
Die Gebietsregierung Gera-Greiz, Wirtschaftsamt

**Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen**  
für  
**Seidenband Glas u. Porzellan**  
sofort gesucht  
Meldungen: 12-2 Uhr mittags  
5-6 Uhr abends  
**A. Jandorf & Co.**  
Brunnenstraße 19/21

**Tüchtige Verkäuferinnen**  
für  
**Kleiderstoffe Leinen- u. Baumwollwaren**  
sofort gesucht  
Meldungen: 12-2 Uhr mittags  
5-6 Uhr abends  
**A. Jandorf & Co.**  
Kottbuser Damm 1

**Lokal-Redakteur**  
mit journalistischer Erfahrung und kommunalpolitischen Kenntnissen zum 1. April für die „Oberweser Volkszeitung“ gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Gewerkschafts-Buchdruckerei Holzwinden, e. G. m. B. H., Curt Geilrig, Holzwinden, Neuwestr. 118/3

**28-jähriger vornehmender Meister**  
für Tischarbeiten, Feinmechanik gesucht oder in einer Fabrik für Berlin gesucht. Offerten unter A. 18 an die Hauptredaktion des „Vorwärts“ erbeten. 187/6

**Arbeitsflepperrinnen**  
bei höchstem Lohn gesucht. Oppenheim, Ritzsch. 26, 4. L.



Konferenz die sofortige Umorganisation der grünen Polizei vornehmen sollte, es vorgezogen, Dienststreifen zu machen und dann in Ferien zu geben. Trotzdem hat Seering, der immer noch an seinen guten Willen glaubte, ihn zum Inspekteur der Schutzpolizei gemacht. In dieser neuen Stellung reiste nun Priesdorff dauernd umher und verteilte an die Mannschaften bei seinen Besichtigungen wahllos größere Geldsummen als ganz willkürliche Belohnungen. Zur Rede gestellt, erklärte er, daß diese Gelder aus einem Fonds herrührten, der ihm bereits vor seinem Eintritt in das Ministerium des Innern von privater Seite zur Verfügung gestellt worden sei und über dessen Herkunft er auch dem Minister keine Angaben machen könne. Diese Geldverteilungen, die ihm nunmehr dienstlich unterstellt wurden, hatten für die Disziplin der Schutzpolizei insofern schwere Nachteile gehabt, als die Mannschaften angenommen hatten, daß es sich um amtliche Gelder handele und daß sie nun einfach sagten, wenn schon so mit diesen amtlichen Geldern umhergeworfen würde, dann sei es unbegreiflich, daß die Etablierung der Schutzpolizei aus finanziellen Gründen noch nicht zustande gekommen sei.

Das ist also der Mann, um dessen dienstliche Kastenstellung sich heute die reaktionären Blätter besonders erhitzen. Ihnen ist wohl die Tatsache nicht bekannt, daß Priesdorff direkt nach der Revolution, noch als aktiver Hauptmann, dem Zentralrat einen ausgearbeiteten Vorschlag auf gänzliche Abschaffung der Armee eingereicht, sich also durchaus nicht in antisozialistischen Gedankengängen bewegt hatte.

### Wilde „Aktionen“ in Mansfeld.

Elsteden, 8. Februar. (W.B.) Der Vorstand des Mansfelder Gewerkschaftsartikels, die Sozialdemokratische Partei (S.P.D.) Unterbezirk Mansfeld und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (U.S.P.) Unterbezirk Mansfeld, erteilen folgenden gemeinsamen Aufruf an die Arbeiter Mansfelds:

Arbeiter Mansfelds!

Unabhängig von der in der gestrigen Presse veröffentlichten Nachricht über den Besuch von Vertretern des Oberpräsidenten und der im Anschluß daran stattgefundenen Konferenz erklären die Unterzeichneten hiermit folgendes: Durch die ungeschickte Einführung der Werkpolizei seitens der Mansfelder Gewerkschaft (die Bergbauunternehmung, Red.), die zweifellos provozierend gewirkt hat, wurde der Boden zu den Vorkommnissen in den Mansfelder Länden geschaffen, die in den letzten Tagen voriger Woche zu Massenaktionen geführt haben. Nachdem einwandfrei festgestellt ist, daß der Gesamtbetriebsratsausschuß unter Mitwirkung der Leitung des Bergarbeiterverbandes die kritischen Punkte fast gänzlich erledigt hatte, müssen die nachfolgenden Aktionen als vollständig verfehlt bezeichnet werden. Da die gewählten Vertreter auch zukünftig die Interessen der Belegschaft zu wahren verstehen werden, warnen wir um so mehr vor einer Wiederholung derartiger Ausbrüche, die in ihren Folgen für die gesamten Arbeiter Mansfelds unabsehbar sind. Es ist u. a. bereits mit zukünftiger Verweigerung von Rotstandsarbeiten gedroht worden. Sollten derartige Drohungen in die Tat umgesetzt werden, so würde, und das muß jeder vernünftige Bergmann auch einsehen, unabsehbarer, nie wieder gut zu machender Schaden und tiefes Elend über die Mansfelder Lände gebracht werden. Denn bei auch nur vorübergehendem Stillstehen der Pumpen auf den Werken würden die Schächte ersaufen und auf Jahre hinaus wäre jede Arbeit und Erwerbsmöglichkeit im Mansfelder Bergbau unmöglich. Gleichzeitig wäre die Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Wasser in Frage gestellt. Nur Unverantwortliche können sich über die vorstehend aufgeführten Wahrheiten leichtfertig hinwegsetzen. Die Unterzeichneten rufen von soeben an und treiben weit ab und müssen die Verantwortung für die jetzigen Vorgänge sowie für etwas derartig Geplantes ablehnen.

### Der Milchstreik beendet.

Ludwigshafen, 8. Februar. (W.B.) Wie die „Pfälzische Post“ meldet, hat die lokale Bauernschaft den Milchstreik nunmehr bedingungslos abgebrochen.

Siermit ist eine Episode beendet, die nicht dadurch für unsere Landwirtschaft ehrenvoller wird, daß sie von der gesamten agrarischen Presse totgeschwiegen wurde. Die pfälzischen Bauern setzen bekanntlich alles daran, auf Kosten der notleidenden Bevölkerung ihren Streik aufrecht zu erhalten und schrecken nicht vor den unverschämtesten Drohungen der Staatsanwaltschaft gegenüber zurück. Wenn Teile der Arbeiterschaft aus wirtschaftlicher Not einen Streik proklamieren, so erhebt sich in der gesamten reaktionären Presse ein gewaltiges Geschrei über Klassenkrieg und Hochverrat. Den Agrariern aber bleibt es als Privileg vorbehalten, durch einen frivolen Streik der Bevölkerung die notwendigsten Ernährungsmittel zu entziehen. Die agrarische Presse hat in den letzten Tagen wiederholt Fadenmaterial über die Unterernährung deutscher Kinder mit der Ueberschrift versehen: Der Londoner Konferenz zur Kenntnisnahme. Sie könnte dies wirkungsvoller und mit weit größerem Recht tun, wenn sie energisch gegen die Ausbungerung deutscher Kinder durch deutsche Staatsbürger kämpfte, woran sie aber nicht im mindesten denkt!

### Konflikt im Danziger Volkstag.

Danzig, 8. Februar. (W.B.) Die erregten Auseinandersetzungen, die am letzten Donnerstag zur Sprengung der Plenarversammlung des Danziger Volkstages geführt haben, wurden in der heutigen Vollversammlung fortgesetzt. Es stand wieder die Frage zur Erörterung, ob das vom Danziger Parlament in Benutzung genommene Generalkommando dem Oberkommissar General Haking zu Wohnzwecken überlassen werden und das Danziger Parlament in ein anderes Haus einzuziehen soll. Da es in der letzten Sitzung beinahe zu Tätlichkeiten gegen den Senator Schümmert gekommen war, hatte der Senat erklären lassen, erst dann wieder Mitglieder der Regierung zu den Vollversammlungen des Parlaments entsenden zu wollen, wenn für deren persönliche Sicherheit Gewähr geleistet wird. Die Linke des Hauses protestierte gegen dieses Verhalten der Regierung und forderte durch Anträge das sofortige Erscheinen von Regierungsoberweatern. Da die Anträge von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurden, verließen die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen, die Kommunisten und die Polen demonstrativ den Verhandlungssaal. Das zurückbleibende Rumpiparlament beschloß sodann die Räumung des Generalkommandos, um es dem General Haking zur Verfügung zu stellen.

### Schweiz, Völkerbund und Wilna-Plébiszit.

Paris, 8. Februar. Havas meldet: Der Beschluß der Schweiz, dem internationalen Truppenaufgebot für Wilna den Durchzug nicht zu gestatten, hat die leitenden Kreise des Völkerbundes empfindlich überrascht. Der Völkerbundsrat wird erst am 21. Februar zusammentreten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Generalsekretariat im Namen des Rates Protest erheben wird.

# Vom preussischen Wahlkampf.

## Wie Groß-Berlin verhindert wurde.

Eine Geschichte von „Nachministern“.

Am 18. Mai 1914 beriet das preussische Staatsministerium über die Frage des Wahlverkaufs an den Zweckverband Groß-Berlin. Dabei sagte der Minister des Innern v. Loebell, der letzte Vorsitzende des Reichsbürgerrats:

„Der Oberbürgermeister Bernuth hatte an dem Bestreben seiner Vorgänger fest, eine Stadtgemeinde Groß-Berlin zu erreichen. Das gleiche wollten die Sozialdemokraten und deshalb hätten sie gegen den Wahlverkauf gestimmt. Ihr Streben gehe nach einer großen Stadterweiterungsversammlung mit mehreren 100 Mitgliedern, in der die Sozialdemokratie das Uebergewicht habe und von der aus . . . nicht nur die Stadt, sondern die Geschichte des Landes regiert werden. Schon um dem entgegenzutreten, müßte von der Staatsregierung alles versucht werden, den Zweckverband lebensfähig zu machen.“

Und Staatsminister Dr. Delbrück, auch eine Zierde der Deutschnationalen, schlug in dieselbe Kerbe mit den Worten:

„Je größer der Einfluß der Stadtverordnetenversammlung, desto größer werde der Einfluß der Sozialdemokratie. . . Bernuth wolle den Zweckverband lahmen. Dem müsse man ebenso vorbeugen, wie dafür Sorge tragen, daß die Sozialdemokratie in dem großen Gemeinwesen in Schranken gehalten werde.“

Der Dritte im Bunde war der Kriegsminister; er erklärte es für notwendig, die „Entscheidung eines wesentlichen dem sozialdemo-

<p><b>Wollt Ihr</b></p> <p>einen neuen Krieg, neues Elend, neue Knechtschaft, so wählt die Parteien der Kriegsheher:</p> <p><b>Deutschnationale oder Deutsche „Volkspartei“</b></p>	<p><b>Wollt Ihr</b></p> <p>Friede, Freiheit u. wirtschaftlichen Aufbau, so stimmt für die</p> <p><b>Sozialdemokratische Partei (SPD)</b></p>
---	--

kräftigen Einfluß verfallenden städtischen Gemeinwesens Groß-Berlin zu verhindern.“

Nach derartig „sachlichen“ Gesichtspunkten wurden in den Zeiten reaktionärer Herrschaft Lebensfragen der Millionenstadt entschieden! Und da wagen die Anhänger der damals regierenden Partei, heute das Lob der „Sachverständigkeit“ der früheren Regierung Deutschlands vorzujagen. Hinter ihrer Sachverständigkeit hat sich nie etwas anderes verborgen als schamlose kontervative Parteipolitik, die sie heute unter dem neuen Taufnamen „Deutschnational“ wieder einschmuggeln möchten. Die Waage der Wähler hat es in der Hand, den Herrschaften am 20. Februar die Suppe gründlich zu verköhnen.

### Reaktionäre Wahlmache.

Nachdem den Rechtsparteien die Wahlparole entfallen ist, greifen sie zu verzweifelten Mitteln, um gegen die Sozialdemokratie anzukämpfen. Da der übliche Phrasenschwall nicht vorhält, um den Spießer einzulullen, hat man sich seit einiger Zeit auf das Gebiet begeben, die Amtsführung der aus dem Amt ausgeschiedenen Minister anzuschwärzen. So ging plötzlich durch die Presse ein Artikel, der dem früheren Ernährungsminister Genossen Robert

Schmidt den Vorwurf macht, in seiner Amtszeit sei für 4 Millionen Mark verdorbenes Fleisch aus dem Ausland eingeführt worden. Als der deutschvolksparteiliche Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz darauf erwiderte und die Behauptung als unzutreffend zurückwies, versuchte eine Herrin Strejmann nachstehende Korrespondenz den Beweis dafür zu erbringen. Dabei unterließ ihr der kleine Mißgriff, daß sie ein Schreiben des dafür verantwortlichen Direktors Britschow aus dem Reichswirtschaftsministerium zitierte, in welchem dieser es ablehnte, Parteien mit einem Minderwerte von über 12 Proz. zu übernehmen. Die in diesen Grenzen minder geeignete Ware war nach dem Urteil der Sachverständigen einwandfrei und genussfähig. Der Unterschied der Qualität wird in solchen Fällen auch bei der Festsetzung des Preises in handelsüblicher Weise entsprechend herabgesetzt. Dieser kleine Widerspruch ist Herrn Dr. Scholz offenbar nicht mehr ausgefallen, denn er hat nun nicht mehr demütert.

Wie es übrigens in seinem eigenen Amte zugeht, dafür ist folgender Fall recht lehrreich. Bekanntlich erhob sich vor einiger Zeit eine wilde Hege gegen die Sozialdemokraten, weil der früher im Reichswirtschaftsministerium angestellte Genosse Kagenstein sich erlaubt hatte, das Staatsbürgerrecht der Ausübung eines Mandats im Reichstage während seiner Dienstzeit für sich in Anspruch zu nehmen. Auf eine Anfrage im Reichstage hat nun der deutschvolksparteiliche Reichswirtschaftsminister nach Untersuchung der Angelegenheit das Verhalten Dr. Kagensteins als einwandfrei hingestellt. Gleichwohl erschien vor einiger Zeit in der „Deutschen Tageszeitung“ ein Artikel „von gut unterrichteter Seite“, der also aus dem Reichswirtschaftsministerium stammte und in dem die ganze Frage noch einmal von vorn aufgerollt wird. Hier nahm also ein offenbar beamtetes Mitglied des Reichswirtschaftsministeriums Stellung gegen seinen eigenen Minister. Für uns ist die Angelegenheit Dr. Kagensteins erledigt, seitdem sein politischer Gegner Dr. Scholz die Sache aufgeklärt hat. Mehr kann man schließlich nicht verlangen, als daß der politische Feind die Korrektheit des Verhaltens unseres Parteigenossen bezeugt. Um so eigenartiger berührt die Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung“. Sonst pflegte man ja derartige Machenschaften als Disziplinsüßigkeit, wenn nicht als Korruption zu bezeichnen. — Aber im eigenen Hause . . .

Wir beschließen uns damit, beide Fälle als traurige Wahlmache niedriger zu hängen.

### Der Dunst von Ostelbien.

In einem Artikel der süddeutschen konservativen Korrespondenz schreibt der bekannte konservative Adam Röder: Unsere guten Süddeutschen — der Schwabe, Franke, Wemmanne — haben ja keinen Hohlkorn von Ostelbien; sechs Wochen persönlicher Aufenthalt im ostelbischen wirklichen Leben mit seiner Vorherrschhaft von Bürokratie, Großagrarier und Junker würde ihm seine Liebe für „Preußen“ und den „Bund der Landwirte“ gründlich austreiben! Nur weil der Süddeutsche gar nicht weiß, wie man in Ostelbien lebt und wie dort regiert wird — regiert wird bis auf den heutigen Tag trotz der glorreichen Demokratie und Republik —, kann es immer wieder gelingen, den süddeutschen Bauer und einfachen Mann zum Verehrer Ostelbiens zu machen.

Diese Ausführungen werden dem ohnehin wegen seiner mitunter recht freimütigen Kritik von den Deutschnationalen gehaltenen Postkitter kaum neue Sympathien in diesen Kreisen erwerben. Um so verdienstlicher ist es, wenn einmal von einer rechtsstehenden Seite in den Dunst von Ostelbien gründlich hineingeleuchtet wird. Wenn die Sozialdemokraten daselbst sagen wie Röder, so ist natürlich eitel Bosheit und Verleumdung. Der Konservativ aber wird bei der Bauernschaft größeren Glauben finden, und diese wird durch ihre Abstimmung am 20. Februar alles daran setzen, um endlich die ostelbische Junkerherrschaft, diesen Schandfleck der demokratischen Republik, zu stürzen.

### Eine Gefahr für das Weltproletariat.

Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes von Süd-Wales, James Winstone, erklärte jüngst laut „Labour Leader“ vom 3. Februar 1921:

„Nachrichten sind mir zugekommen, wonach die französischen Behörden Kohle laut Friedensvertrag von Deutschland in Empfang nehmen, und, ohne sie auch nur auszuladen, Deutschland zurückverkauften.“

Es ist nicht das erstemal, daß derartige Behauptungen in der englischen Presse auftauchen. Es muß hier einmal unbedingt Klarheit darüber geschaffen werden, ob Frankreich die deutsche Kohle selbst braucht und verbraucht, oder ob es mit einem Teil der Kohlenlieferungen nur Geschäfte treibt. Der „Labour Leader“ stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Arbeitslosenfrage in England sich auch auf die Walliser Bergwerke erstreckt, wo 60 000 Bergleute arbeitslos sind. Er schreibt:

„Die Walliser Bergarbeiter werden fast ebenso sehr durch den Friedensvertrag getroffen, wie die deutschen Bergarbeiter . . .“

Nach Otto Hue bekommt ein Bergarbeiter im Ruhrrevier 60 W. pro Schicht, gleich 5 englische Schilling, und er macht 7 Schichten von je 7½ Stunden in der Woche.

Der Durchschnittsmögenslohn des Walliser Bergarbeiters beträgt etwa 5 Pfund Sterling (100 Schilling). Der Durchschnittslohn des deutschen Bergmannes beträgt dagegen etwa 35 Schilling. Dafür erhält der Deutsche 6½ Pfund Brot in der Woche, ferner 1 Pfund Speck und 1 Pfund Wurst von Zeit zu Zeit. Ist es da ein Wunder, daß die Nachfrage nach Walliser Kohle abnimmt?

Der deutsche Arbeiter arbeitet lange für Hungerlöhne, der englische Arbeiter arbeitet dafür mit verkürzter Arbeitszeit. Auf diese Weise trifft der Friedensvertrag auch Süd-Wales.“

Die Wochenchrift der Unabhängigen englischen Arbeiterpartei fordert daher die Revision des Friedensvertrages, der nur ein Instrument in den Händen der Entente-Kapitalisten sei, um einerseits die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter niederzudrücken und sodann auch die Arbeiter der Ententeländer auf das Niveau der deutschen Arbeiter herabzusetzen.

In diesem Augenblick aber versucht Frankreich die Bedingungen des abgelaufenen Spa-Abkommens zu verschärfen. Wie lange wird es sich noch die englische Arbeiterpartei gefallen lassen, daß ihre Regierung im Schlepptau der Pariser Kapitalisten Forderungen unterstützt, die sich zwar zuerst und vor allem gegen das deutsche, sodann aber auch — und bemerkt — gegen das englische Proletariat richten?

Die Politik der Entente trägt die Hauptschuld an der Weltarbeitslosenkrise. Das obige Beispiel zeigt dies deutlich genug. Und die Pariser Beschlüsse werden nicht nur die deutsche, sondern auch die Entente-Arbeiterschaft in das Joch des internationalen Kapitalismus zwingen. Wird das internationale Proletariat demgegenüber untätig bleiben?

### Deutsche und interalliierte Schuld.

Paris, 8. Februar. (E.C.) Nach französischen Blättermeldungen wünscht die englische öffentliche Meinung mehr und mehr, daß die Frage der deutschen Schuld mit der interalliierten Schuld verknüpft werde. Die neue Regierung von Washington werde berufen sein, zu entscheiden, ob sie kein Interesse am Versailler Friedensvertrag und somit auch kein Interesse an der Tilgung der internationalen Schulden habe.

### Umbildung des englischen Kabinetts.

London, 8. Februar. (Dena.) Wie in politischen Kreisen verläutet, wird noch in dieser Woche die Umbildung des britischen Kabinetts vollzogen werden. Es kann sehr als vorauszusehen gelten, daß Sir E. Worthington Evans als Nachfolger Churchill im Kriegsministerium bestellt wird und daß Lord Lee die Admiralität übernimmt. Die Frage, ob das Kriegsministerium als eigene Behörde weiter bestehen soll, ist noch nicht ganz geklärt. Churchill selbst übernimmt an Stelle des scheidenden Lord Milners das Kolonialministerium.

### Amerika auf Seite der Entente?

Haag, 8. Februar. (Redung des Holländisch Neuwsbureaus.) Der Londoner drahtlose Dienst verbreitete eine Warnung der „New York Times“ an Deutschland, daß Deutschland seine historischen Fehler von 1914 nicht wiederholen soll, indem es Amerika abermals falsch beurteilt. Das Blatt erklärt, die Deutschen scheinen wieder den Behauptungen von ein paar Deutschamerikanern zu glauben. „New York Times“ sagt, daß, falls Deutschland dem Rat dieser Stimmen Folge leistet, es Unglück über das Land bringen wird. Die Empfindungen und Zwecke des Krieges sind nicht auf einmal verschwunden. Kein vernünftiger Amerikaner hegt den nachlässigen Wunsch, daß Deutschland auseinandergerissen und zur Sklaverei gebracht wird. Aber man ist in den Vereinigten Staaten fest überzeugt, daß Deutschland bis zu der Grenze der Möglichkeit (ganz unsere Meinung, und deshalb nehmen wir die Pariser Beschlüsse ab. Die Red.) gehen muß, um die entsephlichen Zerfällungen wieder gut zu machen, die es angerichtet hat. Wir zweifeln nicht, daß harting diese Warnung teilt. Falls Deutschland sich in dieser Angelegenheit einer solchen Auffassung hingibt, steht es vor einem peinlichen Erwachen.



